

Das Beispiel Kosovo zeigt, daß die moralische Überfrachtung von Sicherheits- und Entwicklungspolitik den beteiligten Ländern mehr schadet als nutzt. Deutschland wollte ein neues Auschwitz verhindern und hat sich einen Gaza-Streifen vor der eigenen Haustür geschaffen, in dem die Korruption blüht. Die EU befördert den ethnischen Nationalismus, den sie zugleich verdammt. Der Primat des Völkerrechts ist dahin



Serbiens Präsident Aleksandar Vučić (m.), flankiert von zwei Leibwächern, unter einer großen serbischen Flagge am 8. September 2018 während seines zweitägigen Besuchs der serbischen Bevölkerung im Kosovo am aufgestauten Gazivodasee.

IN DEN SCHLUCHTEN DES BALKAN

VON MARTIN HEIPERTZ

Vor zehn Jahren betrat die Republik Kosovo die Bühne der Geschichte. Das zunächst erfreulich wirkende Ereignis ging in Wahrheit auf einen schweren Unfall der westlichen Diplomatie zurück. Die ursächlichen Kräfte sind weit über den konkreten Fall hinaus interessant. Das Beispiel Kosovo zeigt, daß die links-liberal motivierte, moralische Überfrachtung von Sicherheits- und Entwicklungspolitik dem realen Interesse des betroffenen Landes wie auch seiner Schutzmächte am Ende mehr geschadet als genutzt hat: »Wird allzuviel Gewissen in die Diplomatie vermengt, dann kommt unweigerlich viel Diplomatie in das Gewissen.« Fürst Metternich hatte recht. Was ist geschehen?

Foto: picture alliance/AP Photo

Blicken wir auf das vergangene Jahrhundert und das auseinandergebrochene Jugoslawien. Das Kosovo war eine autonome Region innerhalb der serbischen Teilrepublik des jugoslawischen Bundesstaates. Die Kosovo-Albaner hatten zwar schon unmittelbar nach der Staatsgründung versucht, ebenfalls den Status einer Teilrepublik zu erhalten. Das hatten jedoch weder die Serben noch die fünf anderen Teilrepubliken zugelassen. Daran änderten weder der Zerfall Jugoslawiens noch die nachfolgenden Kriege zwischen Serben, Kroaten und Bosniaken etwas. Je mehr die nationalen Spannungen zwischen den ehemaligen Jugoslawen zunahmen, desto weniger kam für Belgrad eine Sezession des Kosovo in Frage.

Bis heute beanspruchen beide Nationen das Land für sich. Ihre hohe Geburtenrate und ihr hoher Anteil Jugendlicher an der Bevölkerung stärkten die Position der Kosovo-Albaner. Das aber erhöhte erst recht den Drang der Serben nach Selbstbehauptung und steigerte ihre Bereitschaft, den zahlenmäßig immer mächtigeren Gegner in Schach zu halten. In dieser Lage wurde Slobodan Milošević 1989 Präsident der Sozialistischen Republik Serbien. Nach dem Zerfall Jugoslawiens steigerte er die Repressalien gegen die Albaner bis hin zur offenen Unterdrückung. Die albanische Intelligenz im Kosovo wurde verfolgt, ihre Strukturen wurden polizeilich aufgelöst und in den Untergrund gedrängt; Kultur, Religion und Sprache der Albaner wurden amtlich bekämpft. Auch die heutige Welt ist voller derartiger Beispiele – man denke nur an Burma ...

Die Deutschen projizierten ihren nationalen Selbsthaß und verteufelten die Serben

Was war das Ziel dieser Politik? Wollte Milošević die Kosovo-Albaner zur Übersiedlung nach Albanien drängen? Wie geht man generell mit einer rasant wachsenden, muslimisch bzw. osmanisch geprägten Minderheit im eigenen Land ohne Aussicht auf Integration um? Eine solche Gegnerschaft mag einen willkommenen Anlaß für nationalistische Aufwallungen im eigenen Volke bieten. Sie mag einen nationalistischen Politiker an die

Macht bringen und ihm helfen, diese Macht zu konsolidieren. Nationalismus bedarf immer einer soliden Gegnerschaft, und im Grunde hat der Nationalist bewußt oder unbewußt ein zynisches Interesse an dem Konflikt, den er austrägt. Manche behaupten dagegen, daß Milošević bei seinem Kampf um Macht und Pfründe die Streitfrage Kosovo eigentlich egal gewesen sei.

Selbst wenn es so war – Druck erzeugt Gegendruck. Neben der ursprünglich pazifistischen Unabhängigkeitsbewegung der Albaner formierte sich schließlich bewaffneter Widerstand. Es entstand die Befreiungsarmee UÇK, die, wie jede Guerilla, teils von fremden Mächten, teils in der jeweiligen Diaspora und zu einem erheblichen Teil von der organisierten Kriminalität finanziert wurde. Seitdem ist die albanische Mafia auch in Deutschland aktiv. In Strukturen, die sich bis heute erhalten haben, handelt sie mit allem, von Drogen über Waffen und Menschen bis hin zu menschlichen Organen. Diese Guerilla versuchten die Serben immer brutaler zu unterdrücken, und die Erfahrungen des Bosnienkrieges trugen ein Übriges zur Radikalisierung bei. Nach Kämpfen im Sommer und Herbst 1998 waren schätzungsweise 300 000 Albaner auf der Flucht.

Längst hatte sich der Westen auf ihre Seite gestellt. Schon in den Nachfolgekriegen des ehemaligen Jugoslawien hatte er nur die Gegner Serbiens unterstützt. Das gilt insbesondere für Deutschland, das sich vom ersten Augenblick an sehr eindeutig zu Kroatien und Slowenien bekannt hatte. Unter Bundeskanzler

Fotos: picture alliance/REUTERS (l.), picture alliance/dpa



Kinder mit den Flaggen Albaniens (r.) und des Kosovo am »Newborn«-Denkmal während der Feiern zum achten Jahrestag der Unabhängigkeit des Kosovo am 17. Februar 2016 in Pristina.

Kohl mag es sich dabei noch um klassische Interessenpolitik gehandelt haben – wenn Jugoslawien schon zerfallen mußte, dann wollte man wenigstens die eigenen, traditionellen Verbündeten auf dem Balkan stärken.

Realpolitik im Sinne Bismarcks aber hätte bedeutet, daneben unverzüglich den Ausgleich oder die Verständigung mit Serbien zu suchen. Unter Bundeskanzler Schröder, Außenminister Fischer und Verteidigungsminister Scharping wurde stattdessen die antiserbische Haltung Deutschlands moralisiert und pathetisch überhöht. Mit Realpolitik hatte das nichts mehr zu tun. Jetzt ging es darum, ein »neues Auschwitz« zu verhindern, wie Fischer mit Schaum vor dem Mund behauptete. Außerhalb des linken Lagers wäre dieses Argument als Verharmlosung des Holocaust geächtet worden. Aber spätestens seit dem Massaker von Srebrenica 1995 wurden die Serben mit dem Wiederaufleben jener furchtbaren Vergangenheit identifiziert, mit der doch Deutschland belastet ist und nicht müde wird, sich selber zu belasten.

Im serbischen Zerrbild erkannte die deutsche Psyche die schlimmstmögliche Vergegenwärtigung ihrer eigenen Abgründe. Zugleich boten die »bösen« Serben der politischen Linken in Deutschland die Chance, ihren nationalen Selbsthaß auf sie zu projizieren und sich ein klein wenig von der eigenen Schmach reinzuwaschen – indem man zu den Waffen griff. Deutschland steht gewöhnlich gerne abseits, wenn seine Partner auf dem Kriegspfad sind; man denke an den Irak und Libyen. Doch gegen

Serbien waren wir mit moralischer, fast kreuzzugartiger Verklärung dabei; einer Verklärung, die der mit gesunder Skepsis gesegneten deutschen Öffentlichkeit in sukzessiv gesteigerter Dosis verabreicht wurde. Unter Bundeskanzler Kohl wäre es wohl nicht zu einer solchen Eskalation gekommen, zumindest nicht mit so maßgeblicher deutscher Beteiligung.

De facto wurde das Kosovo zu einem Protektorat der Uno

Als die Verhandlungen von Rambouillet gescheitert waren, die ultimativ zum Verlust der serbischen Kontrolle über das Kosovo geführt hätten, begann im Frühjahr 1999 der Luftkrieg der Nato. Zur nachträglichen Rechtfertigung diente nicht zuletzt der berühmte »Hufeisenplan«. So nannten deutsche Geheimdienstler und ihre politische Obrigkeit den angeblich serbischen Operationsplan für eine systematische Vertreibung der Albaner bis hin zum Völkermord. Tatsächlich stammte der Hufeisenplan mutmaßlich vom bulgarischen Geheimdienst; als gerichtliches Beweismittel gegen Milošević hatte er später keinen Bestand. Gegenüber der deutschen Öffentlichkeit taugte er dennoch als Begründung für den Luftkrieg. Die amerikanische, britische und französische Öffentlichkeit brauchten keine Begründung.

Im Zuge der Bombardierung Serbiens intensivierte sich der Konflikt. Die Opferzahlen stiegen auf beiden Seiten an, und über

Prizren im Kosovo am 17. Juli 2018: Ein Soldat der U.S. Army steht neben einem Blackhawk Medevac Helicopter. Zusammen mit den deutschen Kfor-Soldaten haben die amerikanischen Soldaten an einer Übung teilgenommen. Nach fast zwanzig Jahren holt die Bundeswehr im Feldlager in Prizren die Flagge ein.



eine Million Flüchtlinge verließ das Kosovo. Die mit Abstand meisten Toten waren auf beiden Seiten während des Bombardements zu beklagen und nicht davor. Die Luftoperation »Allied Force« dauerte quälend lange vom 23. März bis zum 10. Juni 1999 und erzwang erst am Ende den Abzug des serbischen Militärs aus dem Kosovo. Gleichzeitig trat die Resolution Nr. 1244 des Uno-Sicherheitsrates in Kraft, die dem Kosovo eine »substantielle Autonomie« versprach.

Das Kosovo wurde de facto zu einem Protektorat der Uno. Gemessen an ihrem eigenen Anspruch war die mit dem niedlichen Akronym UNMIK versehene Friedensmission unter dem Waffenschutz der Nato wenig erfolgreich. Selbstherrlich machte der Uno-Sonderbeauftragte, ein deutscher Spitzendiplomat namens Michael Steiner, große Versprechungen, von denen er nur wenige hielt.

Die westlichen Schutzmächte belohnten albanische Gewalt mit Statusverhandlungen

»Standards vor Status« hieß der Slogan, mit dem man sowohl Serben als auch Albaner von der völkerrechtlichen Frage ablenkte, ob das Kosovo nun weiterhin zu Serbien gehörte oder nicht. Stattdessen gab es demokratische, rechtsstaatliche, soziale und ökonomische »Standards« – mit Hilfe von Geld, sehr viel Geld. Weltweit erhielt das Kosovo die höchsten Hilfszahlungen pro Kopf, obwohl sich bekanntlich die wenigsten Probleme auf die-



Der dreijährige Justinian Mihilli in der Kirche der Schwarzen Madonna von Letnica an Mariä Himmelfahrt, 15. August 2018. An diesem Wallfahrtsort im südöstlichen Kosovo nahe der mazedonischen Grenze, wo Mutter Teresa ihre Berufung verspürte, versammeln sich alljährlich Tausende Gläubige, darunter in den vergangenen Jahren auch viele Nationalitäten der KFOR-Truppen.

se Weise lösen lassen – eine banale, aber geflissentlich ignorierte Erfahrung aus der Entwicklungshilfe.

Da Deutschland im globalen Vergleich nach den USA nominal die zweithöchsten Hilfszahlungen und pro Kopf mehr als die meisten anderen Länder zahlt, ist man hierzulande besonders immun gegen diese Einsicht. Lieber kauft man sich ein gutes Gewissen. Die Korruption wird dadurch noch schlimmer, und ineffiziente Strukturen sowie groteske Fehlallokationen von Human- und Finanzkapital verfestigen sich. Es gibt einen abnehmenden Grenznutzen von Entwicklungshilfe und finanzieller Unterstützung. Dagegen verbarrikadiert sich jedoch eine unheilvolle Allianz aus Helfern und Hilfsbedürftigen, die sich selbst und der Öffentlichkeit Märchen erzählt und recht gut davon lebt, daß sich im Grunde gar nichts verbessert.

Institutionen werden aufgebaut wie Potemkinsche Dörfer, Gelder werden vereinnahmt und mit vollen Händen wieder ausgegeben, Programme und Berichte werden in politisch korrekter Sprache verfaßt, Sonntagsreden werden gehalten, und hin und wieder wird lamentiert, daß man endlich noch mehr tun müsse – mit noch mehr Geld der westlichen Steuerzahler. Die Helfer, bisweilen interessante Charaktere, reklamieren erhebliche Mittel für ihre eigenen Zwecke und beziehen hohe Gehälter plus Zulagen, meist steuerfrei. Dabei pflegen sie einen exotischen und oft exzentrischen Lebensstil. Die Putzfrauen, die sie einstellen, verdienen mehr als die Lehrer an den staatlichen Schulen. So ist denn keineswegs die verfeindete Nation das wahre Problem des einfachen Volkes, sondern die eigene, korrupte Führung und die dekadente Maschinerie der auswärtigen Hilfsleistungen – auch wenn beide Seiten stets salbungsvoll ihre Wohltaten preisen.

Was im Kosovo erschwerend hinzukommt, ist die notorische Personalunion von ehemaligem Widerstandskämpfer, Bandenkriminellem, Wirtschaftsboß und Politiker. Der Bundesnachrichtendienst spricht von einem polykriminellen Multifunktionsraum. Damit ist gemeint, daß wir uns einen Gaza-Streifen vor der eigenen Haustür geschaffen haben. Als die Stammeskultur das politische System erfolgreich in ihre Hand bekam, bestand der Fortschritt darin, daß Waffen-, Drogen-, Menschen- und Organhandel durch Korruption, Amtsmissbrauch, Günstlingswirtschaft, Nepotismus, Geldwäsche und Vorteilsnahme ersetzt wurden.

Ohne Frage geben auch die anderen Nachfolgestaaten des untergegangenen Jugoslawien in dieser Hinsicht kein besseres Bild ab. Geldwäsche und Korruption soll es ja sogar in Deutschland geben. Im Kosovo aber ist das Phänomen endemisch und – wenn überhaupt – nur mit brachialer Autorität in den Griff zu bekommen. Die europäische Rechtsstaatsmission EULEX ist inzwischen krachend gescheitert. Viele halten sie eher für einen Teil des Problems als seiner Lösung. Auch die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofs zur Aufklärung der Kriegsverbrechen in Ex-Jugoslawien war im Falle der Albaner kein Erfolg. Mehrere Kriegs-



Als Serbiens Präsident Aleksandar Vučić am 9. September 2018 das mehrheitlich serbisch bewohnte Dorf Banje im Kosovo besuchen wollte, blockierten Kosovo-Albaner die Zufahrtsstraße bei Vojtesh mit Baumstämmen, Lastern und brennenden Autoreifen. – Einer der Kriegsveteranen trägt die albanische Flagge und zeigt auf seinem traditionellen Hut die Insignien der Befreiungsarmee UÇK. Vučić stellte fest, daß beide Länder weit davon entfernt sind, ihren Konflikt beizulegen.

verbrecher konnten nicht überführt werden und sind bis heute im Kosovo in Amt und Würden, weil die Europäer nicht in der Lage waren, das Leben aussagebereiter Zeugen zu schützen.

Wie kam es überhaupt 2008 zur Unabhängigkeit des Kosovo? 2004 hatte ein Pogrom der Albaner an den Serben stattgefunden, bei dem orthodoxe Mönche massakriert und ihre Klöster geschändet wurden. Serbische Bürger wurden attackiert und vertrieben, ihre Häuser abgebrannt. Die westlichen Schutzmächte belohnten die albanische Gewaltorgie mit der Aufnahme von Statusverhandlungen. Die Albaner müssen gehaut haben, daß die Unabhängigkeit des Kosovo erreichbar sein würde, wenn sie alle Kompromisse ablehnten und unerfüllbare Forderungen stellten. Dadurch erzwangen sie den sogenannten Ahtisaari-Plan, benannt nach dem früheren finnischen Präsidenten Martti Ahtisaari (1994–2000), der die Sezession des Kosovo von Serbien vorsah, seine Anerkennung durch den Westen (plus Türkei) und die Überwachung des neu geschaffenen Staates durch die internationale Staatengruppe.

Die Crux an der Sache: Dem unter amerikanischer Führung beschlossenen Vorgehen steht bis heute im Uno-Sicherheitsrat das Veto Rußlands und Chinas entgegen. Bis heute sind auch einige EU-Länder nicht einverstanden, so daß beide, die Uno

wie die EU, diplomatisch gesprochen »statusneutral« geblieben sind. Damit fehlen Rechtsgrundlage und Legitimation gleichermaßen, und so mancher erblickt im Kosovo den Friedhof des Völkerrechts. Denn was als humanitäre Intervention legitimiert wurde, war in Wahrheit ein massiver machtpolitischer Eingriff in die staatliche Souveränität Serbiens.

Trotz seiner Unabhängigkeit stellte das Kosovo bis 2015 die meisten Asylbewerber

Mit nahezu wortgleichen Behauptungen wurde ebenfalls 2008 von der Russischen Föderation die Sezession Abchasiens und Süd-Ossetiens von Georgien betrieben und in jüngerer Zeit die Abspaltung der Krim von der Ukraine. Der Primat des Völkerrechts und seine Ordnungsmacht in der bisherigen Nachkriegsordnung sind dahin. Wenn man einen Russen fragt, wie es zum heutigen Konflikt mit dem Westen kommen konnte, führt er in aller Regel zwei Dinge an: die Ausdehnung der Nato bis kurz vor Königsberg und die Unabhängigkeit des Kosovo.

War der Preis die Sache wert? Um diese Frage zu bejahen, brauchte es zumindest einen Plan, um die festgefahrene Situation aufzubrechen. Was die Entwicklung im Kosovo selber be-

Fotos: picture alliance/AP Photo

trifft, ist Skepsis angebracht: Die internationale Aufsicht war von Anfang an zu schwach. Der Schwanz konnte mit dem Hund wedeln, und die korrupten Strukturen sind heute fester denn je. Die Wirtschaftslage hat sich in zehn Jahren nicht gebessert; wie sollte sie auch. Wer nicht mitmachen will und auswandern kann, der geht. Bevor das Kosovo – gegen den Widerstand des linken Lagers – im Zuge des Massenansturms von 2015 zu einem sicheren Herkunftsland erklärt wurde, stellte es das größte Kontingent von Asylbewerbern in Deutschland.

Das multiethnische Dogma der EU droht an der Realität zu zerschellen

Auch international ist die Lage verfahren. Derzeit ist viel von einem Gebietstausch die Rede: Der mehrheitlich serbisch besiedelte Norden des Kosovo könnte an Serbien abgetreten werden, wenn Serbien im Gegenzug dem Kosovo das mehrheitlich albanisch besiedelte Preševo-Tal überließe. Auf dieser Basis sollen sich Serbien und das Kosovo verständigen, wofür sie mit weiterer Annäherung an die EU belohnt würden. Serbien soll sogar Mitglied der EU und das Kosovo so eng wie möglich assoziiert werden, mit Aussicht auf seine ebenfalls baldige Aufnahme. Das multiethnische Dogma der EU, das besonders in Bosnien-

Herzegovina noch hochgehalten wird, würde mit dem ethnisch definierten Territorialgeschäft an der Realität zerschellen. Der Ethno-Nationalismus erhalte im Balkan weiteren Auftrieb; beispielsweise in Mazedonien, das künftig Republik Nord-Mazedonien heißen soll, um den Namensstreit mit Griechenland zu beenden und auch Mazedonien den Weg in die Nato und in die EU zu bahnen.

Angesichts des hohen Maßes an Korruption in allen Ländern der Region könnte sich auch deren EU-Beitritt als Lebenslüge erweisen. Die EU selber wirkt beitragsmüde und schon von ihren eigenen Problemen überfordert. Unter diesen Umständen wäre bei einer Integration des Kosovo weder für den Balkan noch für die europäischen Mittelmächte viel gewonnen. Die Lage ist bestenfalls ruhig; stabil ist sie nicht. ♦



DR. MARTIN HEIPERTZ, geb. 1976 in Frankfurt am Main, war von Februar bis November 2008 als Wirtschafts- und Finanzexperte für die EU im Kosovo tätig. Er ist der Autor von *Macchiato Diplomacy – Wie wir wieder im Balkan scheitern*. Seine Reportage über das Leben als Aufbauhelfer im Kosovo ist 2017 auf Serbisch erschienen. In diesem Artikel vertritt er seine persönliche Auffassung.



Internationale Polizeistreife der UNMIK-Mission in der Altstadt von Gjakova im Südwesten des Kosovo nahe der albanischen Grenze mit einem kosovarischen, indischen und deutschen Polizisten (v. l.).